

einmal im zuständigen Ausschuss zu beraten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Kritik des Berufsverbands der Oralchirurgen an der Präzisierung der inhaltlichen und zeitlichen Erfordernisse für die Weiterbildung, die heute bereits in den Richtlinien zur Weiterbildungsordnung festgeschrieben sind.

Aus der Vielfalt der Diskussionsthemen hervorzuheben sind sicher auch die Berichte von Dr. Martin Schubert zum neu gegründeten Hilfswerk Zahnmedizin Bayern sowie von Ombudsmann Dr. Ulrich Graf von Tauffkirchen. Letzterer hatte sich insbesondere mit kritischen Anfragen zur Beitragsordnung der BLZK zu befassen.

Ehrenzeichen für Dr. Erwin Senoner

Zu den erfreulicheren Höhepunkten der VV zählt ohne Zweifel die Verleihung des Ehrenzeichens

der BLZK an den ehemaligen Vizepräsidenten der Österreichischen Zahnärztekammer und Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Salzburg, Dr. Erwin Senoner, den Prof. Dr. Christoph Benz als „wortmächtigen Kämpfer für die Freiberuflichkeit“ charakterisierte. In einer kurzen Replik wies Senoner darauf hin, dass ihm die Zusammenarbeit mit „den Bayern“ auch persönlich immer wichtig war. So seien Freundschaften entstanden, die man auch in der Standespolitik pflegen müsse.

Rechtsanwalt Peter Knüpper
Hauptgeschäftsführer der BLZK

Die Beschlüsse der BLZK-Vollversammlung werden in den nächsten Ausgaben des BZB im Amtlichen Teil veröffentlicht.

BLZK/KZVB: Gespräch mit Dr. Wolfgang Heubisch

Themen gibt es wahrlich genug, die den ehemaligen Zahnarzt Dr. Wolfgang Heubisch auch in seinem Amt als bayerischer Wissenschaftsminister noch mit Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung verbinden. Grund genug, den Dialog fortzusetzen und zu pflegen. Zu diesem Zweck trafen sich die Spitzen der beiden Körperschaften Ende November im Haus des Ministers am Münchner Salvatorplatz.

Wie kaum anders zu erwarten, stand auch bei diesem Gespräch die vom Bundeskabinett verabschiedete Gebührenordnung für Zahnärzte am Beginn. Heubisch hatte sich im Beratungsprozess mehrfach an seinen FDP-Parteifreund Dr. Philipp Rösler, den damals zuständigen Bundesminister für Gesundheit, wie auch an dessen Nachfolger Daniel Bahr gewandt, um für eine deutliche Anpassung des Punktwertes an die wirtschaftliche Entwicklung zu werben. So bedauerlich die Nichtanpassung sei, so bleibe doch auch darauf hinzuweisen, dass sich die FDP gegen eine Öffnungsklausel zugunsten der privaten Krankenversicherung in der GOZ ausgesprochen habe. „Dumpingpreise wären möglicherweise die Folge gewesen“, so der Minister.

Von der Approbationsordnung bis zur Aufbereitung

Heubisch wies aber auch darauf hin, dass es neben der GOZ eine Fülle anderer wichtiger Themen auf der politischen Agenda gibt. So zeichnet der Wissenschaftsminister beispielsweise verantwortlich für die neue Approbationsord-



Dr. Wolfgang Heubisch, Zahnarzt und Wissenschaftsminister

nung, die Anfang kommenden Jahres veröffentlicht werden soll. Heubisch, der die Selbstständigkeit der Hochschulen durch zahlreiche Initiativen gestärkt hat, setzt sich für eine stärkere Verzahnung von Praxis und Wissenschaft ein und forderte die Körperschaften auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Erneut bestätigte der Minister,

dass es mit der FDP keine Abwertung des Staatsexamens geben wird.

Angesprochen wurden in diesem Gespräch, an dem die Präsidenten der Kammer, Prof. Dr. Christoph Benz und Christian Berger, sowie die Vorsitzenden der KZVB, Dr. Janusz Rat und Dr. Stefan Böhm, teilnahmen, ebenso die Geschäftsführer beider Körperschaften, auch die geplanten Verschärfungen im Hinblick auf die Aufbereitung von Medizinprodukten. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Forderungen nach zusätzlichen Maßnahmen nicht nur wissenschaftlich belegbar, sondern in der Praxis auch umsetzbar sein müssen. In diesem Zusammenhang will sich Heubisch erneut an Bundesgesundheitsminister Bahr wenden.

Redaktion